

Hopfenweg 21
PF/CP
CH-3001 Bern
T 031 370 21 11
info@travailsuisse.ch
www.travailsuisse.ch

Bern, 3. September 2021

Medienkonferenz zur Altersvorsorge / Redetext Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse

Es gilt das gesprochene Wort

Das brauchen die Arbeitnehmenden in der Altersvorsorge

Das Parlament hat bedeutende Schritte in der Altersvorsorge gemacht, für die Arbeitnehmenden und insbesondere für Frauen und Niedrigverdienende in die falsche Richtung. In der AHV soll das Frauenrentenalter erhöht und der flexible Bezug der Altersrente eingeschränkt werden und die Finanzierung der AHV soll über eine bescheidene Erhöhung der Mehrwertsteuer erfolgen. In der beruflichen Vorsorge wurde der Sozialpartnerkompromiss zurückgewiesen, stattdessen wird aktuell ein Modell bevorzugt, das massive Rentenverluste nach sich zieht. Die Reformen, so wie sie heute auf dem Tisch liegen, sind ein Affront gegenüber den Arbeitnehmenden. Sie richten sich gegen die Frauen, gegen die Mitte der Gesellschaft und gegen das Vertrauen in eine zukunftsfähige solidarische Altersvorsorge.

Reformen gegen die Frauen

Die Altersreformen werden zweifelsohne in erster Linie die Frauen betreffen, die Rentenaltererhöhung betrifft ausschliesslich sie. Damit nicht genug, in Zukunft sollen auch Frauen ihre AHV-Rente erst ab 63 Jahren beziehen können. Nur zur Erinnerung: der Bundesrat wollte sowohl Frauen als auch Männern einen flexiblen Vorbezug der AHV-Rente ab 62 Jahren ermöglichen, mit entsprechenden Rentenkürzungen selbstverständlich. Nun wird den Frauen diese Möglichkeit genommen und den Männern nicht gegeben. Das zeigt eine klare Tendenz zur negativen Gleichberechtigung. Den Frauen wird das geboten, was sie nicht wollen (höheres Rentenalter) und verweigert, was sie brauchen (gleiche Löhne und gute Renten).

Es kann nicht laut genug gesagt werden: Allein die Lohndiskriminierung der Frauen (8%) führt in der AHV jährlich zu Einnahmeausfällen von 825 Millionen Schweizer Franken. Wird die Lohndiskriminierung richtig bekämpft - also mit einem griffigen Gleichstellungsgesetz und ernsthaften Lohnkontrollen - so ergibt sich die grössere finanzielle Entlastung der AHV als mit dem höheren Rentenalter plus der Kompensation für die Übergangsgeneration (825+560 (SGK-S) bzw. 585 (NR) = 1'385 bzw. 1'410 Millionen bei geringeren Ausgaben von 1'227 Millionen). Aber das hat das Parlament nicht gewollt, stattdessen will es die AHV ausschliesslich auf dem Buckel der Frauen sanieren.

Rentenlücken rasch schliessen mit dem Sozialpartnerkompromiss

Verglichen mit der beruflichen Vorsorge bietet die AHV den Frauen vergleichsweise gute Bedingungen. Ganz anders sieht es in der beruflichen Vorsorge aus. Aktuell sind die Frauenrenten um 50% tiefer als diejenigen der Männer. Ursache dafür sind nicht einfach die geringeren Beschäftigungsgrade der Frauen, die tieferen Löhne und die Tatsache, dass Erziehungs- und Betreuungsgutschriften in der 2. Säule nicht berücksichtigt werden. Ursache dafür ist ein Konstruktionsfehler. In der beruflichen Vorsorge können sich Teilzeitangestellte, insbesondere Frauen, und Arbeitnehmende mit tiefen Einkommen allgemein schlecht versichern. Die am BVG-Kompromiss beteiligten Sozialpartner haben deshalb mit dem solidarisch finanzierten Rentenzuschlag einen Mechanismus etabliert, der die Renten der Frauen rasch verbessert - gerade weil die Rentenlücken bei Frauen ab 50 Jahren am grössten sind. Hätte man nur den Koordinationsabzug reduziert, so wäre die Anpassung zu langsam erfolgt und hätte zu hohen Mehrkosten vor allem bei Versicherten mit tiefen und mittleren Einkommen geführt – und genau das hat nun die nationalrätliche Kommission beschlossen. Sie will keinen solidarisch finanzierten Rentenzuschlag und sie will keine dringend notwendige rasche Verbesserung der Frauenrenten in der beruflichen Vorsorge. Sie zieht sinkende Renten für alle vor.

Die aktuellen Altersreformen sind der Inbegriff dessen, was man als negative Gleichberechtigung bezeichnen könnte:

- Frauen sollen länger arbeiten und der flexible Vorbezug der Rente wird eingeschränkt – das wollen Frauen zwar nicht, aber es gehöre – so eine Mehrheit im Parlament - zur Gleichberechtigung.
- Frauen sollen keinen Schutz vor Diskriminierung bei den Löhnen und keine anständige Möglichkeit bekommen, sich zu guten Konditionen in der beruflichen Vorsorge zu versichern – gleiche Löhne und gleiche Renten sind für eine Mehrheit im Parlament offenbar nicht Teil der Gleichberechtigung.

Diese Logik kann Travail.Suisse keinesfalls teilen. Die zynische Gleichstellungspolitik des Parlaments in der Altersvorsorge ist inakzeptabel.

Eine Reform gegen die Mitte

Die bisherigen Entscheide zur Altersvorsorge richten sich längstens nicht nur gegen die Frauen. Dies zeigt sich deutlich bei der Vorlage, welche die nationalrätliche Kommission gegenüber dem Sozialpartnerkompromiss in der beruflichen Vorsorge nun bevorzugt. Die Folgen wären beträchtlich: Gemäss Berechnungen etwa für Pöstler oder Pfleger würden die Auswirkungen der Reform für sie zwischen 1'000 bis 1'500 Franken pro Jahr betragen, da sie nicht in die Übergangsgeneration fallen. Gleichzeitig steigen für sie die Kosten deutlich an. Sie müssen mehr sparen für sich und die Zahlungen an die Übergangsgeneration, von denen sie nichts haben werden. Diese zusätzlichen Kosten würden für die genannten Beispiele mit einem mittleren Einkommen bei über 700 Franken pro Jahr liegen.

Eine Reform gegen das Vertrauen

Das grösste Kapital der Altersvorsorge ist das Vertrauen. Die Jungen müssen wissen, dass sie auf eine stabile Altersvorsorge vertrauen können und ihre Leistungen nicht gekürzt werden. Damit dieses Vertrauen erhalten und gestärkt werden kann, brauchen wir insbesondere eine langfristige Finanzierung der AHV. Travail.Suisse hat zu Beginn der parlamentarischen Debatte gezeigt, wie die AHV langfristig über die Travail.Suisse-Transversale finanziert werden kann, wie also die aktuelle Geldpolitik und das Tiefzinsumfeld vor allem zu Umverteilungen führen, wobei die Altersvorsorge die grösste Verliererin, Bund und Nationalbank die grössten Gewinner sind. Alle Analysen und Vorschläge haben nichts gebracht. Das Parlament will die Altersvorsorge über die Mehrwertsteuer gerade bis 2027 finanzieren. Bereits 2028 sinkt der Stand des AHV-Fonds voraussichtlich unter die Höhe einer Jahresausgabe.

Damit schafft man kein Vertrauen in unsere AHV. Damit schafft man nur eines, nämlich die Voraussetzungen, um möglichst rasch Rentenalter 66 und Rentenalter 67 für alle einzuführen. Dem muss jetzt der Riegel geschoben werden. Deshalb ruft Travail.Suisse alle Arbeitnehmenden auf, an der Demonstration vom 18. September in Bern teilzunehmen und ein klares Zeichen ans Parlament zu senden, dass diese Reformen nicht unterstützt werden.

Weitere Informationen:

Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse, Mobile: 079 287 04 93